

Mehr als die Hälfte aller teilbeschäftigten Arbeiterinnen führt Teilbeschäftigung aus eigenem Entschluß durch

Während bei den Arbeitern die Teilbeschäftigung meist nur eine durch widrige Umstände zustande gekommene Abweichung von der normalen Beschäftigung darstellt, ist sie bei Arbeiterinnen eine besondere Form der Erwerbstätigkeit. Das ergibt sich daraus, daß sich unter allen Personen, die nach ihrer Stellung im Beruf Arbeiter sind, in Baden-Württemberg zwar nur etwa ein Drittel (im Bundesgebiet 28 %) Arbeiterinnen befinden, andererseits aber von allen Teilbeschäftigten im Arbeiterstand in Baden-Württemberg mehr als drei Viertel (im Bundesgebiet 71 %) weiblich sind. Die absolute Zahl der teilbeschäftigten Arbeiterinnen im Land ist mehr als dreimal so groß wie die der Arbeiter. Somit ergibt sich für Arbeiterinnen eine Teilbeschäftigtenquote von rund 38 % in Baden-Württemberg, aber nur von 35 % im Durchschnitt des Bundesgebiets.

Deutliche Unterschiede zwischen teilbeschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen gibt es hinsichtlich der Zahl der geleisteten Wochenarbeitsstunden. Von den Arbeiterinnen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet haben nur 8 % gar nicht gearbeitet. Dagegen waren 45 bzw. 41 % der Arbeiterinnen 1-23 Stunden und 47 bzw. 51 % von ihnen 24-39 Stunden erwerbstätig.

Teilbeschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen
nach der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden 1966 und 1967

Wochenarbeitsstunden	Baden-Württemberg		Bundesgebiet	
	1967	1966	1967	1966
Anzahl der Personen in 1000				
Arbeiter				
mit 0 Wochenstunden ...	29	31	214	217
1-23 „ ...	(9)	10	64	62
24-39 „ ...	29	19	210	134
Zusammen	68	61	488	413
Arbeiterinnen				
mit 0 Wochenstunden ...	19	17	93	98
1-23 „ ...	104	97	489	473
24-39 „ ...	110	105	605	580
Zusammen	232	219	1186	1152

Ergebnisse des Mikrozensus. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die besondere Bedeutung dieses Erwerbsverhältnisses für die Frau ergibt sich aus den angeführten Teilbeschäftigungsgründen. Von allen teilbeschäftigten Arbeiterinnen haben nämlich mehr als die Hälfte diese Beschäftigungsform „aus eigenem Entschluß“ ausgeübt, das heißt, daß Arbeiterinnen

bereits die Wahl eines neuen Arbeitsverhältnisses weitgehend von der ihnen genehmen Anzahl von Wochenarbeitsstunden abhängig machen. Andererseits kann aber wohl auch angenommen werden, daß ein großer Teil von Arbeiterinnen die Erwerbstätigkeit aufgeben würde, wenn sie an normale Arbeitszeiten gebunden wären.

Neben der „Teilbeschäftigung aus eigenem Entschluß“ spielt bei Arbeiterinnen aber auch „Teilbeschäftigung wegen Eigenart der Tätigkeit“ eine nicht unerhebliche Rolle. Auf sie entfallen in Baden-Württemberg 17 % und im Bundesgebiet 25 % aller angeführten Teilbeschäftigungsgründe. Dagegen ist der bei Arbeitern so häufig auftretende Teilbeschäftigungsgrund „Krankheit, Kur“ bei Arbeiterinnen mit 4 % nur von untergeordneter Bedeutung.

Auch „Kurzarbeit“ wird von Arbeiterinnen als Grund für Teilbeschäftigung verhältnismäßig weniger als von Arbeitern angegeben. Die absolute Zahl der weiblichen „Kurzarbeiter“ war in Baden-Württemberg um rund 6000 größer, dagegen im Bundesgebiet um rund 5000 kleiner als die der männlichen teilbeschäftigten Arbeiter mit Kurzarbeit.

Im April 1967 lag in Baden-Württemberg die Gesamtzahl der Arbeiterinnen um rund 5 % unter dem Stand des Vorjahres. Dagegen hatte die Zahl der teilbeschäftigten Arbeiterinnen um 6 % zugenommen, so daß die Teilbeschäftigtenquote nicht unerheblich angestiegen ist. Zwar ging auch im Bundesgebiet die Gesamtzahl der Arbeiterinnen um 6 % zurück, da aber die Zahl der teilbeschäftigten Arbeiterinnen nur um 3 % zugenommen hat, war im Bund das Ausmaß der Veränderung bei der Teilbeschäftigtenquote nicht so groß wie in Baden-Württemberg. Die Zugänge von teilbeschäftigten Arbeiterinnen kommen nicht allein von der gestiegenen Anzahl von Arbeiterinnen mit Kurzarbeit her, sondern auch von fast gleichstarken Zugängen bei den Teilbeschäftigungsverhältnissen, die auf „Eigenart der Tätigkeit“ zurückzuführen sind.

Insgesamt haben die Zugänge bei den teilbeschäftigten Arbeiterinnen das prozentuale Gewicht der einzelnen Teilbeschäftigungsgründe nur geringfügig verschoben. Stärkere Veränderungen sind bei „Teilbeschäftigung aus eigenem Entschluß“ vor sich gegangen, denn hier hat im Vorjahr der Anteil in Baden-Württemberg bei 58 % und im Bundesgebiet bei 53 % gelegen. Hinsichtlich „Eigenart der Tätigkeit“ ist in Baden-Württemberg seit dem Vorjahr eine Zunahme um 2 %-Punkte auf 17 % erfolgt, während dieser Anteil im Durchschnitt des Bundesgebiets unverändert bei 25 % verblieben ist. „Kurzarbeit“ als Teilbeschäftigungsgrund von Arbeiterinnen ist in Baden-Württemberg seit dem Jahr um 3 %-Punkte und im Bundesgebiet um 4 %-Punkte angestiegen.

Dipl.-Volkswirt Karl-Heinz Festerling

Vermehrte Zahlungsschwierigkeiten im Wirtschaftsablauf 1966 und 1967

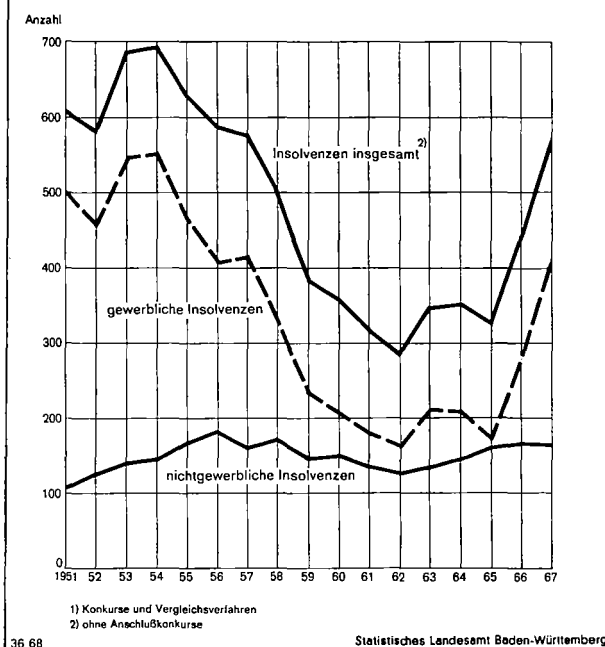
Die seit Anfang 1966 zu beobachtende Zunahme bei den gerichtlich festgestellten Insolvenzen hat sich auch im Jahre 1967 fortgesetzt. Insgesamt wurden durch die Konkursgerichte des Landes 494 Konkurse und 92 Vergleichsverfahren gemeldet. Nach Abzug von 20 Anschlußkonkursen, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausging, ergaben sich somit 566 Fälle gerichtlicher Insolvenzen; das sind 126 Verfahren oder 28,6 % mehr als im Vorjahr. Im einzelnen sind 97 Konkurse und 29 Vergleichsverfahren mehr angefallen. In 202 Konkursfällen mußte die Eröffnung mangels einer die Kosten des Verfahrens deckenden Masse abgelehnt werden. Dadurch entstanden bei mehr als zwei Fünfteln aller Konkurse Totalverluste. Die Verluste bei den eröffneten Konkursen stehen jeweils erst nach Abwicklung der gerichtlichen Verfahren fest. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann die Größenordnung der Konkurse nur an Hand der von den Gläubigern bereits bei Einleitung des Verfahrens angemeldeten Forderungen angedeutet werden. Dabei zeigt sich im Vergleich zu den Vorjahren eine Verschiebung des Gewichts von den kleinen und

mittleren Verfahren (Forderungen bis unter 100 000 DM) zu den großen Verfahren, die nunmehr fast die Hälfte aller Konkurse ausmachen. Die Zahl der sogenannten Millionenkonkurse, mit Schulden über einer Mill. DM, die bereits 1966 sprunghaft auf 29 angestiegen war, hat sich auf 30 erhöht. Nach den bisher vorliegenden – zum Teil geschätzten – Angaben sind 1967 bei 436 eröffneten oder mangels Masse abgelehnten Konkursen Forderungen in Gesamthöhe von rund 140 Mill. DM geltend gemacht worden, wovon etwa die Hälfte auf die vorerwähnten Millionenkonkurse entfällt. In 58 Fällen war die Höhe der Schulden unbekannt.

Gewerbliche Insolvenzen weiter angestiegen

Im Berichtsjahr 1967 haben die Zahlungseinstellungen in der gewerblichen Wirtschaft wiederum stark zugenommen, während die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren von anderen Gemeinschuldnern (Private Haushalte, Nachlässe und Organisationen ohne Erwerbscharakter) fast unverändert geblieben ist. Ein Rückblick auf die Insolvenzziffern bei den

Gerichtliche Insolvenzen¹⁾ 1951 bis 1967



Erwerbsunternehmen vermittelt in gewisser Weise ein Bild von der Finanzlage der Gewerbebetriebe in der konjunkturellen Entwicklung seit der Währungsreform. Die geringste Zahl insolventer Unternehmen wurde in den Jahren 1962 und 1965 registriert. Seither hat die Zahl der gewerblichen Insolvenzen, nachdem sie jahrelang rückläufig war, wieder merkbar zugenommen und näherte sich 1967 mit 402 finanziellen Zusammenbrüchen wieder den relativ hohen Insolvenzziffern der Aufbaujahre bis 1957. Damit wird deutlich, daß die Zahlungsschwierigkeiten infolge der konjunkturellen Abschwächung gewachsen sind. Es ist an sich ein normaler Vorgang, wenn Versäumnisse im Wettbewerb, Finanzierungsfehler und unrentable Investitionen im Einzelfall auf diese Weise korrigiert werden; jedoch wirken Insolvenzen ansteckend und bringen mitunter auch gesunde und leistungsfähige Firmen in finanzielle Schwierigkeiten. Gemessen an der Gesamtzahl aller bestehenden Unternehmen bewegt sich die Insolvenzziffer – trotz des deutlichen Anstiegs – im allgemeinen immer noch in verhältnismäßig niedrigen Grenzen und läßt nicht erkennen, daß nunmehr gewandelte Vorstellungen von der Zahlungsmoral in Wirtschaftskreisen die Ursache der vermehrten Zahlungseinstellungen sind.

An den gewerblichen Insolvenzen waren Unternehmen aller Rechtsformen beteiligt. Fast die Hälfte der zahlungsschwach gewordenen Firmen war nicht im Handelsregister eingetragen. Bei den eingetragenen Unternehmen waren Einzelunternehmen wiederum etwas stärker betroffen (20 %) als die Personen- und Kapitalgesellschaften (je 18 %). In allen Fällen handelt es sich überwiegend (75 %) um Unternehmen, die erst nach dem 8. Mai 1945 in Baden-Württemberg gegründet oder hierher verlagert worden sind. Etwa ein Drittel dieser betroffenen Nachkriegsgründungen, nämlich 110 Betriebe, waren bei Zahlungseinstellung höchstens fünf Jahre alt. Junge Unternehmen sind also nach wie vor anfälliger als alteingesessene Firmen, von denen 98 ihre Zahlungen eingestellt haben; das sind allerdings dreimal mehr als im Vorjahr.

Die gewerblichen Insolvenzen haben gegenüber 1966 – in unterschiedlichem Ausmaß – in fast allen Wirtschaftsbereichen zugenommen. Die höchste Insolvenzziffer mit 125 Zahlungseinstellungen oder 22,1 % aller Insolvenzfälle weist das Verarbeitende Gewerbe auf. Hier sind vor allem im Textil- und Bekleidungsgebiet sowie in der Eisen- und Metallverarbei-

tung mehr Konkurse und Vergleichsverfahren angefallen. Im Baugewerbe – mit ungleich weniger Betrieben – hat sich die Zahl der Insolvenzen um 22 auf 91 erhöht. Vermehrte Zahlungsschwierigkeiten sind auch im Bereich des Handels zu verzeichnen. Im Großhandel wurden 12, im Einzelhandel 18 und in der Handelsvermittlung 5 Zahlungseinstellungen mehr registriert als im Jahr zuvor. Die relativ größte Zunahme ist jedoch im Dienstleistungsgewerbe festzustellen. Hier hat sich die Zahl der gerichtlichen Insolvenzen mit 61 Verfahren gegenüber 1966 mehr als verdoppelt. Dabei handelt es sich vielfach um finanzielle Zusammenbrüche von Baubetreuungsgesellschaften und Immobilienfirmen, die infolge der rückläufigen Tendenz auf dem Baumarkt in Zahlungsschwierigkeiten gerieten. Lediglich im Kredit- und Versicherungsgewerbe ist ein geringer Rückgang der Insolvenzhäufigkeit eingetreten.

Insolvenzen nach Rechtsformen und Wirtschaftsbereichen

Rechtsform Wirtschaftsbereich	1965		1966		1967	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Rechtsform						
Nicht eingetragene Erwerbsunternehmen	93	28,3	119	27,0	181	32,0
Einzelunternehmen	33	10,1	56	12,7	79	13,9
Offene Handels- und Kommanditgesellschaften	18	5,5	51	11,6	71	12,5
Gesellschaften m. b. H.	24	7,4	50	11,4	70	12,4
Aktiengesellschaften	—	—	1	0,2	1	0,2
Wirtschaftsbereich						
Verarbeitendes Gewerbe	46	14,1	95	21,6	125	22,1
Baugewerbe	39	11,9	69	15,7	91	16,1
Handel	46	14,1	71	16,1	106	18,7
darunter						
Großhandel	19	5,8	34	7,7	46	8,1
Einzelhandel	21	6,4	35	7,9	53	9,4
Dienstleistungen	28	8,5	27	6,1	61	10,8
Übrige Wirtschaftsbereiche ...	9	2,7	15	3,4	19	3,3
Erwerbsunternehmen zusammen	168	51,3	277	62,9	402	71,0
darunter						
in die Handwerksrolle eingetragen	55	16,8	82	29,6	128	31,8
Andere Gemeinschuldner (Organisationen ohne Erwerbscharakter, Private Haushalte und Nachlässe)	159	48,7	163	37,1	164	29,0
Zusammen	327	100	440	100	566	100

Wie im Vorjahr zählte wieder knapp ein Drittel aller zahlungsunfähig gewordenen Erwerbsunternehmen zum Handwerk. Die Zahlungseinstellungen bei den Handwerksbetrieben haben somit in etwa gleichem Maße zugenommen wie bei den übrigen Erwerbsunternehmen.

Im Vergleich zur Gesamtentwicklung im Bundesgebiet sind die Zahlungsschwierigkeiten im Wirtschaftsablauf 1967 in Baden-Württemberg stärker hervorgetreten. Während für das Bundesgebiet insgesamt eine Zunahme der gerichtlichen Insolvenzen um 20,0 % festgestellt wurde, ist in Baden-Württemberg die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren um 28,6 % angestiegen. Dadurch hat sich der Anteil des Landes an den Zahlungseinstellungen im Bundesgebiet von 12,2 % auf 13,0 % erhöht. Relativ stärker zugenommen haben hier hauptsächlich die finanziellen Zusammenbrüche im Bereich des Handels und im Dienstleistungsgewerbe. Im Baugewerbe war die Zunahme mit 24 % fast gleich hoch wie im Bundesgebiet. Dagegen lagen die Zuwachsraten im Verarbeitenden Gewerbe und in den übrigen Wirtschaftsbereichen unter dem Bundesdurchschnitt.

Höhere Konkursverluste aber bessere Vergleichsquoten bei den inzwischen abgewickelten Insolvenzen des Jahres 1966

Die Abwicklung gerichtlicher Insolvenzen erstreckt sich im allgemeinen über einen längeren Zeitraum. Bei den von den Konkursgerichten des Landes als abgewickelt gemeldeten 111

Insolvenzverluste in den Jahren 1965 und 1966

Jahr	Erfasste Verfahren				Festgestellte Verluste							
	insgesamt	Konkurse		Erlaßvergleich	insgesamt	bei Konkursen mit Masse		bei Erlaßvergleich	je Konkursfall	je Erlaßvergleich	DM	DM
		mit	ohne ¹⁾			mit	ohne ¹⁾					
		Masse				Masse						
	Anzahl				Mill. DM							
1965	114	81	13	20	32,6	23,6	1,7	7,3	269 000	365 000		
1966	144	93	18	33	66,7	42,4	15,6	8,7	523 000	264 000		

¹⁾ Nach Eröffnung mangels Masse eingestellte Verfahren.

Konkursen und 33 Vergleichsverfahren des Jahres 1966 waren Forderungen im Gesamtbetrag von 81,4 Mill. DM angemeldet worden, von denen die Gläubiger 66,8 Mill. DM einbüßten. Sie mußten somit 82 % ihrer Forderungen als Verlust abschreiben (1965: 72 %). Im einzelnen gingen 58,0 Mill. DM durch Kon-

kurse verloren und 8,7 Mill. DM wurden in gerichtlichen Vergleichsverfahren erlassen. Die im Durchschnitt je Konkurs ermittelten Schulden und Verluste waren mit 573 000 bzw. 523 000 DM nahezu doppelt so hoch als 1965. Bei den Konkursen mit Masse ergab sich für die bevorrechtigten Gläubiger eine durchschnittliche Deckungsquote von 32,7 % und für die nicht bevorrechtigten Gläubiger eine solche von 9,8 % (1965: 54,2 % bzw. 4,4 %).

Von den 36 zum Abschluß gekommenen Vergleichsverfahren endeten 33 durch Erlaßvergleich und 3 durch einen Stundungsvergleich. Bei den Erlaßvergleichen war der durchschnittliche Vergleichsverlust je Verfahren in Höhe von 264 000 DM geringer als 1965 und auch die durchschnittliche Vergleichsquote von 42,9 % lag um 1,9 % über der des Vorjahres. Die Schuldenregelung bei den im Jahre 1966 angefallenen und abgewickelten Vergleichsverfahren ist somit günstiger ausgefallen als im Jahr zuvor.

Dr. Karl Baur

Das Personal der öffentlichen Verwaltung am 2. Oktober 1967

Bei der Personalstandserhebung am 2. Oktober 1967 sind alle in einem unmittelbaren Dienstverhältnis Beschäftigten bei den Hoheits- und Kammereiverwaltungen des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die bei den Wirtschaftsunternehmen Tätigen einbezogen worden, und zwar entsprechend dem im Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 vorgeschriebenen Turnus in einer Gliederung nur nach Dienstverhältnissen. Außerdem wurden erfaßt die Angestellten und Arbeiter mit Zeitvertrag und die Teilzeitbeschäftigten mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden. Die Ergebnisse für den staatlichen Bereich sind nach Aufgabengebieten, die für den kommunalen Sektor nach Gemeindegrößenklassen gegliedert worden.

Gesamtüberblick

Nach den Ergebnissen dieser Erhebung waren am 2. Oktober 1967 in der staatlichen und kommunalen Verwaltung (einschließlich der rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen) 269 378 vollbeschäftigte Beamte, Richter, Angestellte und Arbeiter tätig, und zwar 149 844 (55,6 %) bei den staatlichen Dienststellen und 119 534 (44,4 %) bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Seit der Erhebung des Vorjahres ist das vollbeschäftigte Personal bei allen Gebietskörperschaften insgesamt um 8276 (3,2 %) angewachsen, wobei die Zahl der Landesbediensteten mit 6387 (4,4 %) stärker zugenommen hat als die Zahl der Gemeindebediensteten 1889 (1,6 %).

Auf die Hoheits- und Kammereiverwaltungen entfällt eine Zunahme von 10 351 (+ 4,4 %), während die wirtschaftlichen Unternehmen, deren Personalentwicklung seit einigen Jahren rückläufig ist, eine weitere Abnahme von 2075 (- 7,8 %) Beschäftigten aufweisen. Von den erfaßten Bediensteten wa-

ren 244 727 (90,8 %) in den Hoheits- und Kammereiverwaltungen und nur 24 651 (9,2 %) in den wirtschaftlichen Unternehmen tätig.

Personal nach Dienstverhältnissen

Das vollbeschäftigte Personal des Landes und der Gemeinden (Gv) setzt sich 1967 aus 107 798 Beamten und Richtern (40,0 %), 99 377 Angestellten (36,9 %) und 62 203 (23,1 %) Arbeitern zusammen. Diese Relation der Dienstverhältnisse hat sich gegenüber dem Vorjahr nur unbedeutend verändert. An der diesjährigen Zuwachsrate waren die Angestellten mit 4757 (+ 5 %) und die Beamten mit 4060 (+ 3,9 %) beteiligt, während die Lohnempfänger um 1 % (- 541) abgenommen haben.

Die unterschiedliche Aufgabenverteilung bei den Gebietskörperschaften, Staat und Gemeinden, spiegelt sich in der Zusammensetzung des Personals nach Dienstverhältnissen wider. Unter den Landesbediensteten überwiegen mit fast 59 % die Beamten, was vor allem auf den hohen Anteil des fast ausschließlich beamteten Lehrpersonals zurückzuführen ist. Im Kommunaldienst werden vorwiegend Angestellte (45 %) und Arbeiter (39 %) beschäftigt. Dabei hat sich die bisherige Entwicklung fortgesetzt, wonach die Gruppe der Angestellten anteilig, besonders im kommunalen Bereich, stetig steigt, während die Gruppe der Arbeiter jährlich abnimmt.

Staatliches Personal nach Aufgabengebieten

Wie die Gliederung des Personals nach funktionell geordneten Aufgabengebieten zeigt, erfüllt der überwiegende Teil der Staatsbediensteten keine Verwaltungsaufgaben im engeren

Personal des Landes und der Gemeinden (Gv) am 2. Oktober 1967 und 1966

Körperschaft	Beamte und Richter		Angestellte		Arbeiter		Zusammen		Auf 10 000 Einwohner	
	1967	1966	1967	1966	1967	1966	1967	1966	1967	1966
Hoheits- und Kammereiverwaltungen	105 404	101 302	93 256	88 479	46 067	44 595	244 727	234 376	286	275
davon										
Land	86 156 ¹⁾	82 867 ¹⁾	45 393	42 467	12 087	11 260	143 636	136 594	168	160
Gemeinden (Gv)	19 248	18 435	47 863	46 012	33 980	33 335	101 091	97 782	118	115
Wirtschaftsunternehmen	2 394	2 436	6 121	6 141	16 136	18 149	24 651	26 726	29	31
davon										
Land	1 587	1 527	711	689	3 910	4 647	6 208	6 863	7	8
Gemeinden (Gv)	807	909	5 410	5 452	12 226	13 502	18 443	19 863	22	23
Land zusammen	87 743	84 394	46 104	43 156	15 997	15 907	149 844	143 457	175	168
Gemeinden (Gv) zusammen	20 055	19 344	53 273	51 464	46 206	46 837	119 534	117 645	140	138
Bedienstete insgesamt	107 798	103 738	99 377	94 620	62 203	62 744	269 378	261 102	315	306

¹⁾ Darunter 1967 = 1504, 1966 = 1474 Richter.